

KLIMA UND RECHT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE KLIMARECHT

Herausgeber: Prof. Dr. Jelena Bäumler, Lüneburg; Prof. Dr. Thorsten Beckers, Weimar; Prof. Dr. Wolfgang Durner, Bonn; RA Dr. Frank Fellenberg, Berlin; Prof. Dr. Claudio Franzius, Bremen; Prof. Dr. Annette Guckelberger, Saarbrücken; RA Prof. Christian Held, Berlin; Prof. Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof, Düsseldorf; Prof. Dr. Alexander Proell, Hamburg; Prof. Dr. Michael Rodi, Greifswald/Berlin; Dr. Simon Schäfer-Stradowsky, Berlin; Jun.-Prof. Dr. Cathrin Zengerling, Freiburg

Schriftleitung: Prof. Dr. Michael Rodi und Dr. Simon Schäfer-Stradowsky

KlimR 5/2024

Mai 2024 · Seite 129–160

3. Jahrgang · www.klimr-beck.de

Editorial

Eine Energiewende ohne nationale Sicherheit wird nicht „gerecht“ sein

Während politische Entscheidungsträger auf der ganzen Welt versuchen, der anhaltenden Klimakrise durch die Entwicklung innovativer politischer Rahmenbedingungen und praktischer technischer Lösungen zu begegnen, sind die Konzepte der „Energiegerechtigkeit“ und der „Just Transition“ zu zentralen Leitprinzipien in der aktuellen Klimadiskussion geworden.

Aus globaler Sicht konzentrieren sich diese Konstrukte auf die Notwendigkeit, Klimaschutzbemühungen umzusetzen, die sicherstellen, dass die Lasten, Auswirkungen und Kosten der Energiewende nicht unverhältnismäßig die schwachen Bevölkerungsgruppen treffen und dass die wirtschaftlichen und beruflichen Chancen gerecht zwischen führenden Volkswirtschaften und den Entwicklungsländern verteilt werden. Das Streben nach sozialer und wirtschaftlicher Klimagerechtigkeit im Rahmen der Energiewende ist sowohl ein moralisches als auch ein politisches Gebot, um sicherzustellen, dass die globale Unterstützung lange genug aufrechterhalten werden kann, um die Einführung von Technologien und Infrastrukturen zu realisieren, die erforderlich sind, damit die Meilensteine des Klimaschutzes in einem Zeitrahmen erreicht werden, der der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs entspricht, wie er beispielsweise im Pariser Klimaabkommen festgelegt wurde.

Auffällig ist jedoch, dass bei der Fokussierung auf eine „Just Transition“ die Anerkennung der nationalen Sicherheit und der Menschenrechte auf der Makroebene fehlt, die von politischen Entscheidungsträgern nicht einfach ignoriert werden können. Im Gegensatz dazu müssen sie ihr Instrumentarium für eine gerechte Energiewende rasch erweitern, um sicherzustellen, dass einige der größten Herausforderungen für die Energiesicherheit – von Energiearmut über strategische Korruption und die Manipulation der Energiemärkte bis hin zu physischen und Cyberangriffen auf die Energieinfrastruktur – als ebenso grundlegend für eine erfolgreiche Energiewende anerkannt werden, wie es sozioökonomische, auf Gleichberechtigung ausgerichtete Rahmenwerke für „Energiegerechtigkeit“ derzeit sind. Schließlich können Klimaschutzstrategien, die durch technische Unzulänglichkeiten oder vorsätzliche Angriffe auf die Infrastruktur zu Energieunsicherheit führen oder mit autoritären Elitrends einhergehen, wie wir sie zB bei der Praxis von Wladimir Putins Kreml beobachten konnten, der ehemalige hochrangige europäische Politiker – darunter auch bemerkenswerte Beispiele aus Deutschland – in die Vorstände russischer staatlicher Öl- und Gasunternehmen oder deren Tochtergesellschaften beruft, zu einem Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber den für eine erfolgreiche Energiewende erforderlichen Mitteln oder zu einer Aushöhlung der demokratischen Widerstandsfähigkeit im weiteren Sinne führen. Ebenso müssen die für die Energiewende erforderlichen technologischen Systeme und Infrastrukturen, die direkt oder indirekt den Missbrauch von Arbeitskräften ermöglichen, mit Hilfe aller einschlägigen nationalen und internationalen Rechtsinstanzen aus den globalen Lieferketten verbannt werden.

In der Praxis bedeutet dies, dass die Politik der Energiewende nationale Sicherheitsstrategien direkt in ihre bestehenden Rahmenwerke für wirtschaftliche und gesellschaftliche Gerechtigkeit integrieren sollte. Denn wenn man die soziale Notwendigkeit von Klimalösungen von der nationalen Sicherheit und den Menschenrechten trennt, kann dies schnell zu einer Verschlechterung der öffentlichen Stimmung führen, die für die Unterstützung der Energiewende erforderlich ist. Wird eine solche Dichotomie auf die Spitze getrieben, könnte sie von schurkischen und böswilligen staatlichen Akteuren missbraucht werden, um vermeintliche Klimaschutzmaßnahmen gegen eine geringere Reaktion der demokratischen Welt auf Bedrohungen wie kinetische Kriegsführung und Menschenrechtsverletzungen einzutauschen – eine Dynamik, die möglicherweise bereits eingesetzt hat. Die globalen Demokratien müssen wachsam sein, um sich vor einer solchen Klimarealpolitik zu schützen, damit wir nicht in den kommenden Jahrzehnten eine Welt herbeiführen, die nicht in der Lage ist, erfolgreiche Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen und die aufgrund eines deutlich unsicheren geopolitischen Umfelds unter wirtschaftlicher Instabilität und Kriegen leidet.

Dr. Benjamin L. Schmitt Senior Fellow am Fachbereich Physik und Astronomie und am Kleinman Center for Energy Policy an der University of Pennsylvania

